

Schuldrechts- modernisierung und Europäisches Vertragsrecht

Herausgegeben von
OLIVER REMIEN

Mohr Siebeck

Schuldrechtsmodernisierung und
Europäisches Vertragsrecht



Schuldrechtsmodernisierung und Europäisches Vertragsrecht

Zwischenbilanz und Perspektiven –
Würzburger Tagung vom
27. und 28. 10. 2006

Herausgegeben von
Oliver Remien

Mohr Siebeck

Oliver Remien, geboren 1957, Studium in Hamburg und Genf, Tätigkeiten in Paris und Brüssel, Wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, 1990 Promotion, 1999/2000 Habilitation, seit 2001 Ordinarius an der Bayerischen Julius-Maximilians-Universität Würzburg.

ISBN 978-3-16-149576-2 / eISBN 978-3-16-163145-0 unveränderte eBook-Ausgabe 2024

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2008 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Computersatz Staiger in Rottenburg/N. aus der Stempel-Garamond gesetzt, von Gulde-Druck auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg/N. gebunden.

Inhaltsverzeichnis

<i>Oliver Remien</i> Einführung in das Thema	1
<i>Ole Lando</i> Kultur und Vertragsrechtsordnungen. Is There a Cultural Value in Diversity of Contract Law?	3
<i>Hans Schulte-Nölke</i> Restatement – nicht Kodifikation. Arbeiten am „Gemeinsamen Referenzrahmen“ für ein Europäisches Vertragsrecht	25
<i>Pascal Ancel</i> Das Projekt Catala zur Reform des Schuldrechts in Frankreich – einige Aspekte	45
Diskussionsbericht: <i>Lando, Schulte-Nölke</i> und <i>Ancel</i> <i>Markus Heuschmann</i>	59
<i>Dirk Looschelders</i> Unmöglichkeit – ein Störenfried in der Dogmatik des deutschen Leistungsstörungenrechts?	63
<i>Martin Schmidt-Kessel</i> Schadensersatz wegen Vertragsbruchs im System der Rechtsbehelfe	85
Diskussionsbericht: <i>Looschelders</i> und <i>Schmidt-Kessel</i> <i>Hannes Kern</i>	101
<i>Salvatore Patti</i> Der Reformentwurf für das vierte Buch des Codice Civile und die Adhäsionsverträge	105
<i>Jan M. Smits</i> The German “Schuldrechtsmodernisierung” and the New Dutch Civil Code: a Study in Parallel	117

Thomas Pfeiffer

Geschäftsgrundlage und Kündigung aus wichtigem Grund 133

Diskussionsbericht: *Patti, Smits und Pfeiffer*

Anja Safari 149

Klaus Jochen Albiez Dohrmann

Reformnotwendigkeiten im spanischen Kaufrecht und deutsche
und europäische Vorbilder 155

Barbara Dauner-Lieb

Nacherfüllung – Ein Irrweg? 191

Diskussionsbericht: *Albiez Dohrmann und Dauner-Lieb*

Anja Safari/Hannes Kern 205

Lajos Vékás

Über das Leistungsstörungenrecht im ungarischen Privatrecht *de lege lata*
et ferenda aus Sicht der deutschen Schuldrechtsmodernisierung 209

Stefan Leible

Culpa in contrahendo 219

Angus Johnston

Instances and Analysis of Feedback in the Loop-flow between EC Law
and National Private Law. Some Tentative Insights for Comparative
and European Community Lawyers 235

Diskussionsbericht: *Vékás, Leible und Johnston*

Anja Safari 275

Claire Huguenin/Mathias Hermann

Europäisches Vertragsrecht und Obligationenrecht –
Herausforderungen für die schweizerische Zivilrechtswissenschaft 279

Athanassios K. Pouliadis

Die Schuldrechtsmodernisierung aus der Sicht des griechischen Rechts 297

Oliver Remien

Schlusswort – in neun Punkten 303

Verzeichnis der Autoren, Diskussionsteilnehmer und

Diskussionsberichterstatter 307

Gesetzesregister 309

Sachregister 317

Einführung in das Thema

Oliver Remien

Spektabilität, liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Studentinnen und Studenten

Herzlich willkommen zu unserer Tagung, herzlich willkommen in Würzburg. „Schuldrechtsmodernisierung und Europäisches Vertragsrecht“ auf einer Tagung zu behandeln bedeutet, zwei verschiedene, aber eng miteinander verbundene Themen gemeinsam zu betrachten.

Die deutsche Schuldrechtsmodernisierung ist bald fünf Jahre in Kraft¹ – hat sie sich bewährt? Oder hat sie das BGB verhunzt? Löst sie die Rechtsfälle des Lebens angemessen? Um die voreilige Selbstvornahme wird heftig gestritten, der Nutzersersatz bei Nachlieferung missfällt – m.E. ganz zu recht – dem BGH² und wird den EuGH beschäftigt³. In §444 BGB ist das Wörtchen „wenn“ recht schnell durch „soweit“ ersetzt worden⁴. Ist mehr Nachbesserung angeraten? Einzelfragen des neuen Schuldrechts werden heute und morgen in Referaten von bekannten Schuldrechtsexperten untersucht werden – Looschelders, Schmidt-Kessel, Th. Pfeiffer, Barbara Dauner-Lieb, Leible.

Das Schuldrechtsmodernisierungsgesetz ist unter anderem mit den europäischen Entwicklungen begründet worden, insbesondere der Verbraucherkaufrichtlinie⁵. Die Entwicklungen der letzten fünf Jahre sind im europäischen Bereich rasant. Das Europäische Parlament hat im März 2006⁶ und erneut im

¹ Schuldrechtsmodernisierungsgesetz vom 26.11.01 (BGBl. I S. 3137), in Kraft seit dem 1.1.2002.

² BGH, Vorlagebeschluß vom 16. August 2006 – VIII ZR 200/05; dazu Pressemitteilung Nr. 118/2006 vom 16.8.2006.

³ Rechtssache C-404/06 – Quelle AG ./- Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände, dazu nun Schlußanträge der Generalanwältin Trstenjak vom 15.11.2007.

⁴ Neufassung aufgrund des Gesetzes zur Änderung der Vorschriften über Fernabsatzverträge bei Finanzdienstleistungen vom 2.12.2004 (BGBl. I S. 3102).

⁵ RiL 1999/44/EG.

⁶ Entschließung des Europäischen Parlaments zum Europäischen Vertragsrecht und zur Überarbeitung des gemeinschaftlichen Besitzstands: weiteres Vorgehen, vom 23.3.2006, INI/2005/2022 – P6 TA (2006) 0109.

September 2006⁷ wiederum Entschliefungen zum Europäifchen Vertragsrecht gefasst. Aber auch in vielen Mitgliedstaaten tut sich etwas. Wir werden die allgemeinen Aspekte betrachten und vergleichend zu den Entwicklungen in Deutschland sechs weitere europäische Rechtsordnungen analysieren. Zunächst wird Ole Lando die Grundfragen nach europäischer Vertragsrechtschöpfung aufwerfen: Is there a cultural value in diversity of Contract Law? Dann wird Hans Schulte-Nölke über die Arbeiten am Gemeinsamen Referenzrahmen, Common Frame of Reference, berichten. Anschließend kommt das Land zur Sprache, das vor zwei Jahren das zweihundertste Jubiläum seines Code civil gefeiert und im vergangenen Jahr einen Entwurf einer Schuldrechtsmodernisierung vorgelegt hat: Frankreich mit dem Projekt Catala – Pascal Ancel, der an den Arbeiten beteiligt war, wird uns darüber unterrichten. Italien, die Niederlande, Spanien, Ungarn und England werden von den Herrn Patti, Smits, Albiez Dohrmann, Vékás und Johnston betrachtet werden. So sollte insgesamt ein rundes, wirklich europäisches Bild des Schuldrechts entstehen.

„Rettet das BGB vor Brüssel“ war am Mittwoch vergangener Woche ein Leitartikel im Wirtschaftsteil der FAZ überschrieben⁸. „Eifrige Doktoranden basteln am Reißbrett ein europäisches Zivilgesetzbuch, das niemand braucht.“ heißt es dort u.a. Aber vielleicht ist das BGB durch die Schuldrechtsmodernisierung bereits verloren, oder ist es nun Modell für Europa, oder wird Brüssel, eventuell Luxemburg, die Mängel der Schuldrechtsmodernisierung nachbessern? Seien wir gespannt! Dank hochkarätiger Referenten, des Einsatzes der Mitarbeiter meines Lehrstuhls, großzügiger Unterstützung durch die Universität Würzburg und die Kanzlei GleissLutz können wir dem hier nachgehen.

Jetzt hat Ole Lando das Wort. Als Vater der Principles of European Contract Law bedarf er wirklich keiner weiteren Vorstellung.

⁷ Entschliefung des Europäifchen Parlaments zum Europäifchen Vertragsrecht vom 7.9.2006, B6-0464/2006 – P6 TA (2006) 0352.

⁸ Kommentar von Joachim Jahn, FAZ vom 18.10.2006, Nr. 242, S. 13.

Kultur und Vertragsrechtsordnungen

Is There a Cultural Value in Diversity of Contract Law?

Ole Lando

I. Europäische Vereinheitlichungsbestrebungen und nationale Rechtskultur

Der Handel mit dem Ausland wirft die Frage auf: Welches Recht beherrscht den Vertrag? Die Regelungen für diese Frage, die Kollisionsnormen, sind in der Praxis schwer zu handhaben. Zur Beendigung der Ungewißheit darüber, welchem Recht der Vertrag unterfällt, wurden Versuche unternommen, die Rechte zu vereinheitlichen und zu harmonisieren. Ein großer Erfolg war das UN-Kaufrecht (CISG), das im April 1980 verabschiedet wurde. Bis zum September 2006 haben siebenundsechzig Länder das Übereinkommen in Kraft gesetzt.

In den Jahren 2000 und 2003 hat die Kommission für Europäisches Vertragsrecht die Principles of European Contract Law (PECL) veröffentlicht, die die allgemeinen Prinzipien des Vertragsrechts abdecken.¹ Aufbauend auf den PECL

* Von Ole Lando durchgesehene, am Lehrstuhl Remien erstellte deutsche Übersetzung des englischsprachigen Vortragsmanuskripts.

¹ *Lando & Beale* (eds.), Principles of European Contract Law, Parts I & II, prepared by the Commission on European Contract Law, The Hague 1999 (hereinafter PECL I & II). Es gibt jetzt eine italienische Fassung: *Prinzipi di diritto Europeo dei contratti, Parte I & II*, edizione italiano a cura di *Carlo Castronovo*, Mailand, 2001; eine spanische Fassung: *Principios de derecho contractual Europeo, Partes I y II*, Edición española a cargo de *Pilar Barres Beneloch, José Miguel Embid Iruj, Fernando Martínez Sanz*, Madrid, 2003; und eine deutsche Fassung: *Grundregeln des Europäischen Vertragsrechts, Teile I und II*, Deutsche Ausgabe von *Christian von Bar, Reinhard Zimmermann*, München, 2002.

Lando, Clive, Prüm & Zimmermann (eds.), Principles of European Contract Law, Part III, The Hague, 2003, (hereinafter PECL III). Deutsche Fassung: *Grundregeln des Europäischen Vertragsrechts, Teil III*, Deutsche Ausgabe von *Christian von Bar, Reinhard Zimmermann*, München, 2005. Italienische Fassung: *Prinzipi di diritto Europeo dei contratti, Parte III*, edizione italiano a cura di *Carlo Castronovo*, Milano, 2005. Eine französische Ausgabe: *Principes du droit Européen du contract*, préparée par *Georges Rouhette*, avec le concours de *Isabelle de Lamberterie, Denis Tallon et Claude Witz*, Paris, 2003, comprise Parts I, II, and III. Japanische und koreanische Ausgaben der PECL I–III sind in Vorbereitung. Siehe hierzu die Website der Kommission für Europäisches Vertragsrecht, <http://web.cbs.dk/departments/law/staff/ol/commission_on_ecl/index.html>.

arbeitet die Study Group on a European Civil Code² derzeit an den einzelnen Vertragstypen, dem Deliktsrecht, der Rückabwicklung und dem wohlthätigen Handeln in fremden Angelegenheiten (*negotiorum gestio*). Daneben bereitet sie Regelungen für bewegliche Sachen, d.h. Übereignung, Sicherungsgeschäfte und Treuhandgeschäfte, vor.

Im Unterschied zum CISG sind die PECL und der Entwurf eines Europäischen Zivilgesetzbuches nicht bindendes Recht, aber sie sind dergestalt gefaßt, daß sie beinahe ohne einen weiteren Federstrich ein bindendes Zivilgesetzbuch werden könnten.

Dies gilt auch für die Unidroit Principles of International Commercial Contracts (UPICC), die von Unidroit³ herausgegeben werden und ebenso die allgemeinen Prinzipien des Vertragsrechts abdecken. Dieses „International Restatement of Contract Law“⁴ bietet sich der ganzen Welt an. Die Principles sind anwendbar, wenn die Parteien einer internationalen Transaktion vereinbart haben, daß ihr Vertrag sich nach diesen Regeln richten soll oder wenn diese vereinbart haben, daß ihr Vertrag sich nach allgemeinen Prinzipien des Rechts richten soll, wie beispielsweise der *lex mercatoria*.

Die Unidroit Principles und die PECL zeigen große Ähnlichkeiten. Ihre Ausdrücke und Strukturen sind ähnlich und ungefähr 2/3 der Klauseln der Unidroit Principles sind im Ausdruck und der Substanz identisch zu denen der PECL. Was den Abschluß des Vertrages und die Verpflichtungen der Vertragsparteien betrifft, Vertragsbruch und Rechtsbehelfe wegen Vertragsbruch eingeschlossen, haben die beiden Instrumente die meisten ihrer Regelungen vom CISG übernommen und zusammen bilden die drei eine „Troika“ von Regelungen, die bereits überall auf der Welt einen großen Einfluß gehabt haben und vermutlich auch noch in der Zukunft haben werden.

Die EU-Kommission hatte Pläne für ein optionales Instrument, das Regeln für ein Vertragsrecht enthält, das die Parteien einer grenzüberschreitenden Transaktion übernehmen können (*opt in*) oder das gelten könnte, außer die Parteien vereinbaren ein anderes Vertragsrecht (*opt out*). Das Schicksal dieses Instrumentes ist noch immer nicht entschieden, auch nicht sein Inhalt. Fürs letzte sind die Aussichten nicht besonders glänzend. Die meisten Interessenvertreter („stakeholder“), die nach ihrer Meinung gefragt wurden, bevorzugten das „*opt-in*“ Modell. Einige von ihnen wollen es auf einige Vertragsrechtsbereiche begrenzen, d.h. auf einzelne Kauf- und Dienstleistungsverträge, andere würden einige Bestimmungen des Allgemeinen Vertragsrechts und besondere Verträge

² Siehe die Website der Study Group: <http://www.sgecc.net/>.

³ Unidroit Principles of International Commercial Contracts, veröffentlicht von Unidroit, Rom, 2004. Die Principles existieren in vielen Sprachen. Die erste Ausgabe wurde 1994 herausgegeben.

⁴ Siehe *Michael Joachim Bonell*, An International Restatement of Contract Law, The Unidroit Principles of international Commercial Contracts, 3rd ed., New York, USA, 2005.

einbeziehen, wieder andere wollen sogar Bereiche einbeziehen, die mit dem Vertragsrecht verbunden sind, wie Sicherheitsrecht, ungerechtfertigte Bereicherung und Kreditsicherheiten im Bereich der beweglichen Sachen. Eine Gruppe von Interessenvertretern arbeitet zur Zeit an einem gemeinsamen Referenzrahmen, der ebenso nicht bindende allgemeine Vertragsrechtsregelungen bereitstellt. Seine Hauptaufgabe besteht jedoch darin, Sätze und Regeln bereitzustellen, die die existierenden verbraucher-schützenden Richtlinien ergänzen.⁵

Der Idee, ein Europäisches Zivilgesetzbuch⁶ oder ein Optionales Instrument in der äußeren Form eines Gesetzbuches zu schaffen, hat sich in einigen Bereichen Widerstand entgegengestellt. Heutzutage betrachten viele Juristen das nationale Recht als einen Teil des nationalen Kulturerbes. Schon im Jahre 1814 behauptete der deutsche Wissenschaftler von Savigny, daß das Recht den Volksgeist widerspiegeln. Das Recht lebt in und wächst mit dem Volk und die Juristen jeden Landes werden es den sich ändernden Zeiten entsprechend anpassen.⁷ Was für die eine Nation passendes Recht ist, kann für eine andere Nation unpassend sein. Heutzutage weisen die Gegner der Vereinheitlichung zudem auf den Wert der Unterschiedlichkeit hin. Pierre Legrand ist einer von diesen.⁸ Er führt an, daß die Ethik der Vergleichung fordere, daß man die Unterschiedlichkeit als Wert ansehe. Wie arm wäre die Welt, wenn es nicht diese Verschiedenheit gäbe, wenn z.B. das römische Recht Britannien erobert hätte und damit die Engländer gehindert hätte, ihr Common Law zu entwickeln?

Britannien, die Republik Irland und die nordischen Länder, Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden, haben kein Zivilgesetzbuch. Die Juristen aus diesen Staaten behaupten ein solches nicht zu brauchen und viele von ihnen schauen mißtrauisch auf ein europäisches Gesetzbuch. Alle anderen EU Mitglieder auf dem europäischen Kontinent haben Zivilgesetzbücher, aber auch hier gibt es Viele, die ein Gesetzbuch oder optionales Instrument ablehnen. Sie bevorzugen die bestehende Unterschiedlichkeit.

Wie wichtig ist diese Unterschiedlichkeit? Im folgenden werden wir uns mit der Frage befassen, ob die Bewahrung des kulturellen Werts des nationalen Rechts die EU daran hindern sollte, ein Gesetzbuch oder ein optionales Instrument zu entwerfen. Zunächst werden wir auf die Staaten ohne Gesetzbuch

⁵ Siehe KOM (2004) 651 vom 11.10.2004, Beratungen der Kommission mit dem Europäischen Parlament und Rat, Europäisches Vertragsrecht und Überarbeitung des Besitzstandes: der Weg nach vorne. Siehe ebenso First Annual Progress Report on European Contract Law and the Acquis Review, KOM (2005) 456 am Ende.

⁶ Siehe bezüglich des Gesetzbuches *Stefan Grundmann*, European Contract Law(s) of What Colour? ERPL Vol. 1 (2005) 184.

⁷ Vergleiche *von Savigny*: Vom Beruf unserer Zeit für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft, Heidelberg, 1814, abgedruckt in *Hattenhauer, Thibaut und Savigny*, Ihre programmatischen Schriften, München, 1973, 95 ff.

⁸ *Pierre Legrand*, On the Unbearable Localness of the Law, Academic Fallacies and Unreasonable Observations, 10 ERPL (2002), 61–76.

schauen, wie die Britischen Inseln und die nordischen Staaten und sehen, ob für diese ein Gesetzbuch undenkbar wäre, dann werden wir einige Beispiele für die Unterschiedlichkeit der Vertragsrechte in Europa untersuchen, namentlich diejenigen, auf die sich die Anhänger der Unterschiedlichkeit berufen, und werden sehen, ob diese Unterschiede unüberwindbar sind.

II. Der Ansatz des Common Law

In Britannien und Irland stellen die Präzedenzfälle der Obergerichte noch immer eine sehr bedeutende Quelle dar. Sie werden als autoritative Feststellungen des Rechts betrachtet. In England wird jedes Gericht infolge der Doktrin des *stare decisis* gebunden, die besagt, daß das Gericht jedem Fall, der von einem ihm übergeordneten Gericht entschieden wurde, folgen muß und daß die Berufungsgerichte mit Ausnahme des House of Lords durch ihre früheren eigenen Entscheidungen gebunden sind. Der Richter versucht aus den Präzedenzfällen, die die Anwälte vor ihn gebracht haben, Regeln zu destillieren. Von Fall zu Fall fortschreitend ist der Richter sich durchgehend der praktischen Probleme bewußt, die der ihm vorliegende Fall aufweist. Diese Fallrecht-Methode hat gewiß ihre Vorzüge. Die berichteten englischen Fälle sind überwiegend gut geschrieben. Die britischen Richter, die bekanntlich als Anwälte ausgebildet sind, schreiben um die unterlegene Partei und diejenigen, die den Fall später lesen, zu überzeugen. Wer die Rechtsvergleichung unter Gebrauch der Fallmethode lehrt sieht, daß die Fälle der Common Law-Staaten im Hinblick auf die Probleme aufschlußreicher und anschaulicher sind als die Fälle der civil Law-Länder.⁹ Verglichen mit den Orakeln der französischen und den wissenschaftlichen Erleuchtungen der deutschen Gerichte, sind die Urteile der aufgrund Common Law entscheidenden Gerichte leicht zu verstehen und überzeugen. Die Prüfung und Analyse der Präzedenzfälle bringt das Gericht auch dazu, die hinter den Entscheidungen stehende Wertung zu beachten. Dieser Ansatz ist im Wesentlichen einem vorzuziehen, bei dem die Gerichte, die darauf geschult wurden, die Buchstaben des Gesetzbuches anzuwenden, vortäuschen dies mechanisch zu tun. Ein Gesetzbuch entbindet nicht von der Notwendigkeit, sich mit den Präzedenzfällen auseinanderzusetzen. Die kontinentalen Gerichte machen dies und sie befolgen die Präzedenzfälle, obwohl die Gerichte in Frankreich, Italien und anderen Ländern diese in ihren Entscheidungen nicht erwähnen. Diese kontinentalen Gerichte könnten von den englischen Gerichten lernen und Prä-

⁹ Siehe beispielsweise die in IUS COMMUNE CASEBOOKS OF THE COMMON LAW OF EUROPE, Cases, Material and Text on Comparative Contract Law, edited by Hugh Beale, Arthur Hartkamp, Hein Kötz und Denis Tallon, berichteten Entscheidungen.

zedenzfälle zitieren, die relevante Literatur zitieren und verständliche und überzeugende Gründe für ihre Entscheidung angeben.

Ein Recht, das auf Erfahrungen beruht, wird meistens bessere Entscheidungen ermöglichen als die abstrakten Prinzipien eines Gesetzbuches. Die englischen Mitglieder der Kommission für Europäisches Vertragsrecht, die wandelnde Enzyklopädien ihres Fallrechts waren, konnten englische Fälle aufzeigen, die zeigten, daß einige Regelungen der kontinentalen Gesetzbücher in bestimmten Situationen nicht funktionierten.

Die kontinentalen Gerichte scheuen sich, die klaren Anweisungen eines Gesetzbuches oder eines Gesetzes zu mißachten, selbst wenn es sie zu einer absurden Entscheidung führt.¹⁰ Zugegebenermaßen befolgen die kontinentalen Gerichte manchmal eine Gesetzesbestimmung nicht. Die deutschen Gerichte haben sich zum Beispiel auf das Prinzip von Treu und Glauben in § 242 BGB berufen, um andere Bestimmungen des BGB außer Acht zu lassen.¹¹ Auch wird man Beispiele für Abweichungen in Frankreich und anderen Ländern finden.¹² Und einen Genehmigungsstempel hat das Recht zur Außerachtlassung einer Gesetzesregel in Art. 6:2 des niederländischen Bürgerlichen Gesetzbuches von 1992 (BW) erhalten, der dem Gericht aufgibt, ein Gesetz nicht anzuwenden, wenn seine Anwendung „nach den Maßstäben von Redlichkeit und Billigkeit unzumutbar“ wäre.

Jedoch hat die Common Law-Methode auch ihre Schwächen. Einige englische Juristen sehen die Rechtssicherheit und die Vorhersagbarkeit des Common Law als eine seiner Stärken. Dies scheint mir eine nicht unbedingte Wahrheit. Die Gerichte haben Prinzipien und Regeln entwickelt, die für eine gewisse Rechtssicherheit sorgen, aber sie haben auch manche dieser Prinzipien wieder entwurzelt, wie die Doktrin der consideration, die unten behandelt wird. Jeder Präzedenzfall hat eine sehr beschränkte Wirkung.¹³ Es sind nur das „holding“ oder die ratio decidendi „eine Entscheidung“, die dem stare decisis unterliegt.

Das „holding“ ist eng mit den Tatsachen des Falles verbunden und das exakte „holding“ des Präzedenzfalles zu bestimmen ist immer eine Frage der Auslegung. Das ist manchmal nicht einfach, insbesondere wenn die Richter eines Kollegialgerichts verschiedene Begründungen für dasselbe Ergebnis gegeben

¹⁰ Manchmal sieht man, dass ein Richter in seiner Begründung zur Entscheidung bemerkt, dass er wünscht, daß das Gesetz anders entschiede, das er das aber zu befolgen habe.

¹¹ *Markesinis, Unberath & Johnston*, *The German Law of Contract*, A comparative treatise, 2nd ed., 2006, 124. Siehe ebenso *Vogenauer*, *Die Auslegung von Gesetzen in England und auf dem Kontinent*, Tübingen, 2001, Vol I, 159 ff.

¹² Bezüglich Frankreich vergleiche *Vogenauer* op.cit. vorige Fn., Vol I, 297 ff. Das höchste norwegische Gericht hat sich ab und zu auf höhere Prinzipien berufen um die Bestimmungen des Gesetzes außer Acht zu lassen, siehe *Hans Peter Graver*, *I prinsippet prinsipiell*, Tidsskrift for Rettsvitenskap, 2006, 189, 206.

¹³ Siehe *Lord Goff*, *The Future of the Common Law*, 46 *International and Comparative Law Quarterly* (1997) 745, 753.

haben. Außerdem hat das House of Lords bekanntgegeben, daß es seine eigenen Präzedenzentscheidungen aufheben wird, wenn es wichtige Gründe hierfür sieht.¹⁴

Tatsache ist, daß das englische Recht aus Tausenden von kleinen Regeln, festgemacht an einzelnen Fällen – von denen manche bis ins 19. Jahrhundert oder noch früher zurückreichen – besteht. Sie sind schwer zu finden. Wie ein englischer Gelehrter sagte, stellt die Schwierigkeit, Zugang zu Richterrecht zu bekommen, ein ernsthaftes Problem der englischen Jurisprudenz dar: „The major weakness of the judge-made law is its immense diffusion and the consequent difficulty of access to it“.¹⁵

Seit 1973 hat das Vereinigte Königreich die EU-Gesetzgebung angenommen und umgesetzt und im Zuge dieser Entwicklung hat eine zunehmende Europäisierung des britischen Rechts stattgefunden. Die Anzahl geschriebener Gesetze ist gestiegen und manche von ihnen – wie der Contracts (Right of Third Parties) Act von 1999, der keine Umsetzung einer EU-Richtlinie darstellt – haben das britische Recht näher an das kontinentale Recht herangebracht. Die englischen Gerichte haben, wie gesagt wird, ihre führende Rolle als Gesetzgeber an das Parlament und an Minister mit der Macht zum Erlaß von Rechtsverordnungen verloren.¹⁶ Heutzutage läuft die Interpretation von geschriebenen Gesetzen durch englische Gerichte nicht allzu verschieden von der durch kontinentale Gerichte ab.¹⁷ Sogar in England gibt es einen bekannten Schriftsteller, der es bedauert, daß Großbritannien kein „weiches Recht“ wie die American Restatements of Law besitzt und der ein richtiges Gesetzbuch – in der Art wie es der American Uniform Commercial Code¹⁸ darstellt – bevorzugt, ein Gesetzeswerk, welches sich in Form und Methodik sehr von einem Europäischen Vertragsgesetzbuch unterscheidet, welches aber Systematik und Klarheit ins Recht bringt.

¹⁴ Siehe Practice Statement (Judicial Precedents) [1966] 1 W.L.R. 266, zitiert in *John Bell, Sources of Law* in *Peter Birks* (ed.), *English Private Law*, Vol I, Oxford, 2000, 38.

¹⁵ *Roy Goode, Commercial Law*, 3rd ed., 2004, 1205 ff.

¹⁶ *Zweigert & Kötz, An Introduction to comparative Law*, 3rd ed., 1998, 201.

¹⁷ Siehe *Vogenaue*, *Die Auslegung von Gesetzen in England und auf dem Kontinent*, Tübingen, 2001, Vol II, 1295 ff, 1334.

¹⁸ Siehe zum Beispiel *Roy Goode, Commercial Law*, 3rd ed., 2004, 1205–1208.

III. Der Nordische Ansatz

Das Gesetzrecht ist heutzutage die Hauptquelle des Rechts in den nordischen Ländern. Sie haben kein modernes Zivilgesetzbuch,¹⁹ aber es gibt eine erhebliche Menge wichtiger Einzelgesetze.²⁰ Die Idee, ein modernes Zivilgesetzbuch zu schaffen, ist immer wieder erörtert worden, aber die klare Mehrheit der Politiker und Juristen stellte sich dem entgegen. Es ist der realistisch-pragmatischen Mentalität der nordischen Völker wesensfremd ein so auffälliges und anspruchsheischendes Gesetzeswerk wie den französischen Code Civil oder das deutsche BGB zu errichten.

Trotzdem ähneln die nordischen Rechte in mancher Hinsicht dem deutschen Recht. Viele ihrer Gesetze sind von der deutschen Gesetzgebung inspiriert. Lange Zeit kamen junge nordische Wissenschaftler nach Deutschland, um von den großen Gelehrten dort zu lernen.²¹ Der Einfluß deutscher Gelehrter machte sich bemerkbar, als diese dann zu schreiben und zu unterrichten begannen. Dort, wo der nationale Gesetzgeber oder die Gerichte ein Problem nicht gelöst hatten, machten die Professoren oft Vorschläge, die dem reichhaltigen deutschen Material entliehen waren. Ich las einmal ein Kapitel über das dänische IPR in einem Buch von 1894, welches der Kopenhagener Prof. Deutzer,²² der 1901 dänischer Premierminister wurde, geschrieben hatte. Ich bemerkte, daß Deutzer in diesem Kapitel beinahe wortwörtlich einige Seiten aus dem Buch über das IPR des deutschen Autors Ludwig von Bar übersetzt hatte.²³ Deutzer hat seine Quelle nicht erwähnt. Wenn man von Bar nicht gelesen hat, würde man denken, die in der Passage niedergeschriebenen Überlegungen stammten von Deutzer. Das deutsche Rechtsdenken und der deutsche Rechtsstil konnten einfach in einem dänischen Lehrbuch verwendet werden. Auch das französische Recht hat die nordischen Rechtsordnungen beeinflusst. Verschiedene ihrer jungen Gelehrten gingen auch nach Frankreich, um dort zu studieren. Der französische Einfluß war aber nie so stark ausgeprägt wie der deutsche. Jedoch übten die Rechtsprechung und die vom höchsten französischen Verwaltungsge-

¹⁹ Nur äußerst wenige Bestimmungen der dänischen und norwegischen Gesetzbücher, *Danske Lov* (von 1683) und *Norske Lov* (von 1687) und des schwedischen Gesetzes von 1734 sind noch immer in Kraft.

²⁰ Im Bereich von Verträgen gibt es ein Vertragsgesetz, das sich mit der Gestaltung von Verträgen im Allgemeinen, den Befugnissen von Handelnden und Ungültigkeit wegen Fehlen, Betrug, Nötigung etc. befaßt. Hinzuzufügen ist, dass es Gesetze für den Warenhandel, Versicherungen, die Beförderung von Gütern und andere spezifische Verträge gibt.

²¹ Siehe *Diilev Tamm*, *Retsvidenskaben i Danmark* (Legal science in Denmark), 1992, 123 f. zu A.S. Ørsted, der von Savigny und andere zuhause gelesen hatte; 139 zu F.T.J. Gram; 141 A.W. Scheel; 187 Andreas Aagesen, und 198 Julius Lassen.

²² J. H. Deutzer, *Kort Fremstilling af Retssystemets, navnlig Privatrettens almindelige Del*, Copenhagen, 1894, 106–109.

²³ *Ludwig von Bar*, *Theorie und Praxis des internationalen Privatrechts*, Vol II, 1889, 15.

richt, dem Conseil d'Etat, entwickelten Konzepte Einfluß auf die nordischen Länder aus. Die Rechtsterminologie der nordischen Länder ist der auf dem Kontinent sehr ähnlich. Wenn nordische Juristen deutsche oder französische Gesetzestexte oder Lehrbücher lesen, so werden sie die meisten Konzepte wiedererkennen.

Die nordischen Prozeßgesetze sind genauso lang wie Gesetzbücher. Die dänische und die schwedische Prozeßordnung („Retsplejeloven“ bzw. „Rättegångsbalk“) behandeln sowohl das zivil- als auch strafprozessuale Verfahren und enthalten mehr als 1000 Paragraphen.²⁴ Die nordischen „Gesetzbücher“ haben viele Besonderheiten aus Deutschland oder Österreich übernommen, aber auch einige aus dem Common Law. Wir finden Common Law-Regeln im Vertrags- und Schadensrecht. Allerdings ist es vor allem die empirische Methode des Common Laws, die die nordischen Juristen angezogen hat.²⁵ Sie wurden von der Geschichte des Common Laws und von der Art und Weise, wie die Gerichte das Recht entwickelten, fasziniert. Der dänische Gelehrte Julius Lassen (1847–1923), der 1880 Professor wurde, wandte drei Jahre auf, um die dänischen Fälle zu untersuchen, bevor er begann sein Handbuch über die allgemeinen Grundsätze des Schuldrechts zu schreiben. Er behauptete, das dänische Recht so dargelegt zu haben wie es in den Fällen dargelegt wurde und daß sein Vorbild das englische Lehrbuch gewesen sei. In England hatte er gesehen, wie das Recht von Fall zu Fall entwickelt werden kann, wie die aus einem Fall gewonnene Erfahrung eine Regel werden kann und wie Reichweite und Anwendung der Regel wieder und wieder in Fällen geprüft und verfeinert wurden. Allerdings konnte Lassen das Recht in den dänischen Fällen nicht auf gleiche Weise finden wie ein englischer Autor die Rechtsregeln aus den englischen Fällen extrahieren konnte. Die dänischen Gerichte begründeten ihre Entscheidungen sehr kurz und oft ziemlich schwammig. In diesen Entscheidungsgründen wurden frühere Fälle nicht erwähnt, geschweige denn analysiert und sehr selten wurde eine Regel formiert. Lassen und andere Autoren mußten die Regeln selbst anhand des Sachverhaltes des Falles und dem Ergebnis, zu dem das Gericht gekommen war, formulieren. Außerdem wiesen die Struktur und das Konzept von Lassens Buch eine Nähe zur deutschen Struktur und den deutschen Konzepten auf. Viele von Lassens Nachfolgern sahen die Fälle als eine Quelle des Rechts an, wie auch seine nordischen Kollegen. Diese Autoren sprachen sich nicht für die englische *stare decisis* Doktrin aus und im 20. Jahrhundert wurden die Gesetze mehr und mehr zur primären Quelle des Rechts der nordischen Staaten. Aber die Autoren anerkannten die Überzeugungskraft und die Tragfähigkeit von Rechtsregeln, die auf Erfahrung beruhen. Die Tendenz, das Recht in Fällen zu finden, wurde stärker, als nach dem zweiten Weltkrieg

²⁴ Norwegen hat ein Gesetzbuch für den Zivilprozess und den Strafprozess.

²⁵ Siehe *Ditlev Tamm*, op.cit., 196.

Gesetzesregister

Europäische Gemeinschaft

- EGV 236, 272
- Art. 28 240 N. 5
- Art. 81 249, 266, 267, 268, 269
- Art. 82 268
- Art. 153 281
- Art. 226 243, 247, 255, 277
- Art. 230 243, 246
- Art. 234 240, 241, 243, 249, 252, 276, 277
- Art. 249 255, 256
- Satzung des EuGH 246
- VO 2790/1999 270
- VO 1/2003 268, 269
- VO 772/2004 270
- Art. 3 268, 270
- Art. 11 268
- RiL 77/187 Betriebsübergang 288
- RiL 86/653 Handelsvertreter
allgemein 245, 263
- Art. 4 263
- Art. 17 92, 263, 264, 265
- Art. 18 263
- Art. 19 263
- RiL 90/314 Pauschalreise
- Art. 4 92 N. 30, 92 N. 32, 93 N. 37, 93 N. 38
- Art. 5 92 N. 32, 93 N. 37, 93, 94
- Art. 7 92 N. 30
- RiL 93/13 mißbräuchliche Klauseln
108, 109, 158, 160, 257
- Art. 3 109
- Art. 5 161, 254, 255, 256
- Art. 6 256
- Art. 7 254, 255, 256
- RiL 97/7 Fernabsatz 157
- RiL 97/5 Überweisungen 93
- Art. 6 92 N. 32, 92 N. 33, 93 N. 37, 94 N. 45
- Art. 8 92 N. 33, 93 N. 37, 94 N. 45, 94 N. 46
- Art. 9 93 N. 38
- RiL 1999/44 Verbrauchsgüterkauf
1 N. 5, 108, 120, 126, 127, 155, 156, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176 N. 53, 177, 178, 181, 183, 184, 186, 187, 188, 191, 210, 260, 262, 297, 298, 300
- Art. 3 78, 92 N. 30, 182, 192, 194, 251 N. 37, 260, 261, 262
- Art. 4 180
- Art. 5 168, 179, 182
- Art. 6 297 N. 2
- Art. 7 297 N. 2
- Art. 8 193 N. 11
- RiL 2000/31 elektronischer Handel
- Artt. 12–15 92 N. 32
- RiL 2000/35 Zahlungsverzug 88 N. 15
- Art. 3 92 N. 32, 92 N. 33, 93 N. 37, 93
- RiL 2002/74 Finanzsicherheiten 130
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in der Schweiz gestellten Asylantrags 291 N. 55
- Römer Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anwendbare Recht 22
- Art. 3 22
- Vorschlag Rom I-VO, KOM (2005) 650endg. 22, 38, 234 N. 80, 282, 283
- Vorschlag Rom II-VO 234 N. 80

Internationales Einheitsrecht völkerrechtlichen Ursprungs und Principles

- CISG 3, 4, 18, 19, 20, 21, 22, 30, 38, 66, 83, – Art. 8:103 144, 145, 171, 173
 96, 99, 122, 149, 155, 157, 159, 167, 168, – Art. 8:104 96
 170, 171, 172, 173, 174, 176, 177, 179, – Art. 8:105 99
 182, 185, 186, 187, 188, 203, 207, 217, – Art. 8:106 19 N. 63, 125
 300 – Art. 8:108 19 N. 62, 70, 72, 75, 77, 78
 – Art. 8:109 N. 81, 94, 95
 – Art. 9:102 66, 75, 77 N. 78, 78 N. 81, 87
 – Art. 9:103 N. 10, 90, 103
 – Art. 9:103 75
 – Art. 9:301 19 N. 63, 144, 215 N. 16
 – Art. 9:303 18 N. 54, 90
 – Art. 9:501 94, 95
 – Art. 9:502 95
 – Art. 9:503 95
 – Art. 9:504 95
 – Art. 9:505 95, 96
 – Art. 9:506 95, 96, 98
 – Art. 9:507 95, 96, 98
 – Art. 14:201 127
 – Artt. 14:301ff. 127
- Codice Europeo dei Contratti (CEC,
 Gandolfi-Entwurf) 48, 149, 155, 165,
 185
- PECL
- PECL allgemein 3, 4, 16, 18, 19, 20, 21, 22,
 23, 30, 32, 33, 40, 48, 51, 61, 83, 85, 97,
 99, 123 N. 24, 128, 147, 149, 155, 156,
 165, 168, 172, 173, 176, 177, 178, 179,
 182, 185, 186, 187, 207, 217 N. 24, 219,
 230, 232, 283, 299, 305
 – Art. 1:101 31
 – Art. 1:201 230
 – Art. 2:101 16 N. 44
 – Art. 2:301 231
 – Art. 2:302 231
 – Art. 4:101 95
 – Art. 4:102 213 N. 10
 – Art. 4:103 17, 142
 – Art. 4:106 233
 – Art. 6:102 89
 – Art. 6:111 19 N. 64, 76, 134, 135, 136,
 137, 138, 141
 – Art. 8:101 76, 89, 122
 – Art. 8:102 214 N. 14
- Unidroit Principles 4, 18, 19, 21, 23, 48,
 147, 185, 217 N. 24, 219, 230, 231, 232,
 283, 299
 – Art. 2.1.15 231 N. 69
 – Art. 2.1.16 231 N. 69
 – Art. 3.2 16 N. 45,
 – Art. 3.3 213 N. 10
 – Art. 3.4 142
 – Art. 5.1.4 89
 – Art. 5.1.5 89
 – Artt. 6.2.1 – 6.2.3 19 N. 64, 76
 – Art. 6.2.2 134, 135, 136, 137, 138, 141
 – Art. 6.2.3 138, 139, 140
 – Art. 7.1.3 144, 145
 – Art. 7.1.5 19 N. 63
 – Art. 7.1.7 19 N. 62, 72, 140
 – Art. 7.3.1 19 N. 63, 215 N. 16
 – Art. 7.3.2 18 N. 54
 – Art. 7.3.5 214 N. 14

Belgien

Code civil 16

Deutschland

- AGB-Gesetz 107, 108, 109, 113
- § 9 AGBG 109, 113, 114
- § 11 AGBG 192, 219
- ALR 219 N. 1
- BGB
- BGB allgemein 1, 2, 9, 27, 106, 113, 127, 128, 129, 174, 175, 187, 203, 207, 211, 215, 219, 220, 305, 306
- §§ 13, 14 129
- § 119 142, 292
- § 122 220 N. 4
- § 123 221
- § 124 224, 228
- § 179 220 N. 4
- § 195 127, 227
- § 199 127, 227 N. 45
- § 241 88, 216, 226
- § 242 7, 113, 114, 142
- § 254 73, 98
- § 266 99
- § 273 137
- § 275 64, 66, 68, 69, 71, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 82, 83, 87, 101, 102, 103, 104, 139, 140, 213 N. 12, 261
- §§ 275 ff. 121
- § 276 18, 19, 91, 92 N. 36, 94, 96, 97, 196
- §§ 276–280 122
- § 278 222
- § 280 65, 67, 69, 79 N. 90, 80, 82, 88, 91, 97, 121, 122, 124, 151, 195, 196, 198, 199, 212, 226, 275, 305
- § 281 80, 82, 96, 98, 123, 124, 125, 151, 193, 194, 195, 197, 198, 199, 275
- §§ 281–281 91, 98, 99, 123, 305
- § 282 123, 275
- § 283 65, 67, 81, 102, 123, 197, 198, 275
- § 284 275
- § 285 69, 275
- § 286 122
- § 307 114
- § 311 216, 225, 226, 228, 229, 231, 233
- § 311a 64, 67, 71, 72, 91, 97, 102, 197, 198, 213
- § 313 19 N. 64, 74, 75, 79, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 144, 146, 147
- § 314 88, 98, 99, 139, 143, 144, 145, 146, 151
- § 321 140, 141
- § 323 82, 83, 121, 122, 123, 125, 143, 144, 145, 151, 193, 194, 195, 196, 197, 212, 214, 260
- §§ 323–326 88, 98, 99, 121
- § 325 214
- § 326 64 N. 5, 81, 82, 101, 102, 197, 200, 201, 206, 214
- § 346 83, 151
- §§ 355–359 129
- § 433 79, 80, 83, 195
- § 434 176, 227
- § 435 168, 176
- § 437 81, 82, 91, 102, 192, 199, 201
- § 438 178, 227
- § 439 78, 101, 188 N. 78, 192, 196, 198, 200, 261
- § 440 80
- § 441 82, 193
- § 444 1,
- § 475 178
- § 476 179, 198
- § 478 180, 207
- § 479 207
- § 490 143
- § 543 143
- § 547 151
- § 569 143
- § 626 143
- § 628 151
- §§ 633 ff. 184
- § 634 91
- § 723 143
- § 823 202, 232, 233

- § 827 f. 92 N. 36
- § 831 222, 226, 233
- BGB a.F.
- § 195 a.F. 223
- § 275 a.F. 68, 213 N. 12
- § 279 a.F. 74
- § 280 a.F. 68
- § 306 a.F. 73, 213 N. 11
- § 307 a.F. 220 N. 4
- § 326 a.F. 214
- § 459 a.F. 224
- § 463 a.F. 215 N. 17, 221 N. 14
- § 477 a.F. 123, 221
- § 480 a.F. 215 N. 17
- InsO
- § 103 141
- DiskE SchRMod 122, 299
- § 275 64
- § 305 229 N. 54
- § 307 138
- Dresdener Entwurf von 1866 292
- HGB 300
- SchRModG 1 N. 1, 31 N. 23, 63 ff., 117
N. 1, 123, 159 N. 6, 164, 167, 169, 181,
185, 186, 189, 191, 210, 214, 297, 304, 306
- StGB
- § 263 202
- StVG 103
- UWG 227, 232

Dänemark (s.a. nordische Länder)

Retsplejeloven 10

Frankreich

- Code civil (auch Code Napoléon)
- allgemein 9, 16, 27, 45 ff., 59, 62, 106,
118, 183, 185, 207, 208, 215
- Art. 1108 16 N. 46, 49
- Art. 1131 16 N. 46, 51
- Art. 1132 16 N. 46
- Art. 1134 49, 56
- Art. 1135 49
- Art. 1165 49
- Art. 1184 56
- Art. 1382 52, 215
- Art. 2262 58
- Art. 1122–2 50 N. 7
- Art. 1124 16 N. 47
- Art. 1134 49
- Art. 1135 49
- Art. 1135–1 55
- Art. 1138 50
- Art. 1154 54 N. 16
- Art. 1158 18 N. 55
- Artt. 1158–1160–1 57
- Art. 1159 56
- Art. 1165 49
- Art. 1341 54
- Art. 1373 57
- Artt. 2234–2281 50
- Avant-projet Catala
- allgemein 17 N. 51, 45ff., 112, 304
- Art. 1102 50
- Art. 1102–5 112
- Artt. 1104–1107 50
- Art. 1108 49
- Code de la consommation 129
- Gesetz vom 5.4.2006 169 N. 32

Griechenland

- | | |
|---|---|
| Astikos Kodix (Zivilgesetzbuch)
AK (ZGB) allgemein 181
– Art. 537 179 N. 67
– Art. 559 297 N. 2
– Art. 560ff. 180 | Konsumentenschutzgesetz Nr.
2251/1994 297 N. 2
Gesetz Nr. 3043/2002 vom 21.8.2002 159
N. 7, 189, 297, 298 N. 5, 299, 304 |
|---|---|

Italien

- | | |
|--|---|
| Codice civile 105 ff., 149, 208, 304
– Art. 1175 105, 107
– Art. 1218 89
– Art. 1337 106, 149, 150
– Art. 1338 106, 149
– Art. 1339 106
– Art. 1341 105, 107, 112, 113, 149, 150
– Art. 1342 105, 106, 107, 112, 113, 149,
150 | – Art. 1366 107
– Art. 1370 105, 106, 113
– Art. 1375 105, 107
– Art. 1467 19 N. 64
– Art. 1469bis 110
Artt. 1469bis – 1469sexies 108, 110
– Art. 1469ter 110
– Art. 1469sexies 110
Codice civile von 1865 208
Codice del consumo 111f., 304 |
|--|---|

Litauen

ZGB 22 N. 67

Niederlande

- | | |
|---|---|
| Burgerlijk Wetboek ((nieuw) BW) 117 ff.,
149, 151
Buch 1 119
Buch 2 119
Bücher 3, 5 und 6 119, 165, 185, 189, 305
– Art. 3:306 127
– Art. 3:310 127, 128
Buch 4 119
– Art. 6:2 7, 128
– Art. 6:74 89, 121, 122, 123
– Art. 6:75 122
– Art. 6:75 – 6:77 122 | – Art. 6:81 – 6:87 123
– Art. 6:87 125
– Artt. 6:82 ff. 124
– Art. 6:258 19 N. 64
– Art. 6:262 ff. 89
– Art. 6:265 89, 121, 122
– Art. 6:267 125
Buch 7 119
Burgerlijk Wetboek (BW 1838) 118, 119
Wet betreffende financiële
zekerheidsovereenkomsten 130 |
|---|---|

Nordische Länder

- | | |
|--|--|
| Kaufgesetz 11, 300
– Art. 25 19 N. 63
– Art. 54 19 N. 63 | Prozeßgesetze 10
Vertragsgesetz 9 N. 20 |
|--|--|

Österreich

- | | |
|------------------------------|---------------------------------------|
| ABGB | Gewährleistungsrechts-Änderungsgesetz |
| ABGB allgemein 209, 210 N. 6 | vom 8.5.2001 159 N. 6, 188 |
| – § 924 179 N. 67 | Konsumentenschutzgesetz 129 |
| – § 933 180, 181 | |

Portugal

Código civil von 1967 208

Schweden (s.a. nordische Länder)

Rättegångsbalk 10

Schweiz

- | | |
|--|-------------------------------|
| Konsumkreditgesetz 284 | Pauschalreisegesetz 284 |
| Obligationenrecht 284, 285, 292, 293, 294,
295, 296 | Produktehaftpflichtgesetz 284 |
| – Art. 40a ff. 294 N. 64 | ZGB |
| – Artt. 97 ff. 295 | ZGB allgemein 27, 210 N. 6 |
| – Art. 333 OR 284, 288 | – Art. 1 Abs. 2 ZGB 11, |
| | Zürcher PGB von 1854/56 292 |

Spanien

- | | |
|--|--|
| Código civil | – Art. 1480 188 |
| Código civil allgemein 157, 158, 159, 162
N. 14, 169, 170, 173, 175, 178, 183, 185,
186, 187, 189, 207 | – Art. 1481 ff. 188 |
| – Art. 609 172 | – Artt. 1484 ff. 157, 177 N. 57 |
| – Artt. 1088–1313 166 | – Art. 1488 187 |
| – Art. 1101 ff. 163 | – Art. 1488–2 163 |
| – Art. 1124 156 | – Artt. 1490–1495 188 |
| – Art. 1253 168 | – Artt. 1491–1499 181 |
| – Art. 1445 172, 187 | – Art. 1591 183 |
| – Art. 1447 187 | Código de comercio |
| – Art. 1450 187 | Código de comercio allgemein 157, 158,
159, 163 |
| – Art. 1452 168, 182, 187 | – Art. 336 178 |
| – Art. 1461 156 | – Artt. 342 ff. 156, 178 |
| – Artt. 1474 ff. 156, 177 N. 57 | – Art. 344 163 |
| – Art. 1475 187 | Ley general para la defesa de los
consumidores y usuarios |
| – Art. 1476 188 | (LGDCU) 129, 157, 158, 159, 160, 169,
189 |
| – Art. 1478 188 | – Art. 8 157, 160 |
| – Art. 1479 188 | |

- Art. 10 161
- Art. 11 157, 159
- Artt. 25 ff. 163
- LGDCU i.d.F. vom 16.11.2007 159, 160, 189
- LOCM (1996) 157, 158, 159, 160
- Gesetz vom 13.4.1998 160
- LEC 2000
- Art. 386 168
- Gesetz 47/2002 157
- Gesetz Nr. 23/2003 vom 10.7.2003 (LGVBC) 160, 162, 163, 164, 166, 169, 171 N. 36, 176, 181, 187
- Art. 1 161
- Art. 2 161
- Art. 3 161, 162
- Art. 4 161, 162
- Art. 5 161, 162
- Art. 6 161, 162
- Art. 7 161, 162
- Art. 8 161, 162
- Art. 9 161, 162, 179
- Art. 10 161, 162, 181, 183
- Art. 11 161, 162
- Art. 12 161, 183
- Art. 13 161
- LOE (1999) 157
- Art. 17 (ff.) 157, 175
- LCGC Art. 6 161
- LCS
- Art. 76 183
- Gesetz über die Haftung für beschädigte Güter
- Art. 3 163
- Art. 10 163
- Real Decreto Legislativo 1/2007 159, 189S

Ungarn

- HGB von 1875 209
- ZGB von 1959 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215
- Art. 6 216, 217
- Art. 227 213
- Art. 298 214
- Art. 303 214 N. 13
- Art. 312 213, 214 N. 13
- Art. 318 212
- Art. 339 215
- Diskussionsentwurf
- § 5:110 214

Vereinigte Staaten von Amerika

UCC 8, 29, 300

Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland

- Commercial Agents (Council Directive) Regulation 1993 264
- Competition Act 1998 249, 253, 267, 268, 269, 270
- Contracts (Rights of Third Parties) Act 1999 8
- Enterprise Act 2002 269
- Sale of Goods Act 1979 262, 300
- s. 48B 262
- s. 48E 262
- Sale and Supply of Goods to Consumers Regulation 2002 262
- Supply of Goods and Services Act 1982 262
- Unfair Contract Terms Act 257
- Unfair Terms in Consumer Contracts Regulation 1999 257, 258

Sachregister

- Acquis 158, 166, 281, 294, 295, 304
Acquis-Gruppe 32, 33, 39
Ädilizische Rechtsbehelfe 156, 157, 159,
163, 167, 171, 175, 207
Adversarial nature 12, 15
AGB 211
AGB-Gesetz 107, 109, 113 f., 149
Aliud 149, 156 f., 175 f., 187
Analogie 11
Arbeitsrecht 101, 284, 288
- Bar, Ludwig von 9
Betriebsausfallschaden 123 f.
Bindendes Versprechen 15
Blauer button 32 f.
Belgien 12, 16, 46
bessere Rechtsetzung 36
Britannien 2, 5, 6 f., 8, 12, 14, 15 f., 18, 21,
22, 59, 60, 129, 235 ff. passim, 272, 277,
300
- Canal de Craponne 54 f.
Carbonnier 47, 48
Catala-Entwurf 2, 16, 17, 18, 22, 45 ff.
passim, 112 f., 114, 304
Cause 16 ff., 50 f.
CISG 3, 4, 18, 19, 20, 30, 38, 48, 56, 57, 66,
70, 72, 76, 83, 94, 95, 98, 99, 149, 155,
157, 159, 167, 168, 170, 171, 173, 174,
176, 177, 178 N. 65, 182, 185, 186, 187,
188, 203, 207 f., 215 N.16, 217, 299
Code civil 9, 16, 27, 45 ff. passim, 59, 62,
118, 184, 207, 208, 215
Codice del consumo 111, 150
Comportement grave 56
consideration 7, 15 ff., 17
contra proferentem 252, 256
culpa in contrahendo 133 N. 2, 150, 216 f.,
219 ff. passim, 305
- Dänemark 5, 9 ff.
Darlehensvertrag 143
Dauervertrag 88, 295
Delikt, Deliktsrecht 34, 39, 45, 50, 52,
215 ff., 221, 222, 226, 229, 230, 232, 233
Demokratische Legitimation 35, 60, 61,
62, 153
Deutzer 9
Deutschland 6, 7, 9
Dialog Wissenschaft und Praxis 202
Dienstleistung 5
Dienstvertrag 143
Direktanspruch 180, 182 f.
Diskriminierung 276
Dispositives Recht 145
Dokumentenakkreditiv 15
Dresdener Entwurf 292
Dritte 53
- EG-Vertrag 236, 238, 272
Elektronischer Handel 211
Energierrecht 237
Equitable remedies 13
Erfüllung in Natur 54, 77 N. 78, 87 f., 90,
91, 97
Erfüllungsanspruch 65 f., 68, 75, 76, 94,
195 f., 222, 262
Erreuer 13
Estland 30 N. 23
EuGH 20, 130, 205, 238, 240 f., 241, 245,
246 f., 249, 265, 289
europäische Kommission 235
Europäisches Parlament 1 f., 33, 36
EuZGB 2, 5, 23, 28, 35, 60, 62, 120, 203,
236, 279 f., 304 – siehe auch optionales
Instrument
- Familienrecht 45, 60, 61, 119
Finanzsicherheitenrichtlinie 130

- Finnland 5, 9, 19 N. 63
 Force majeure 94
 Francovich 247
 Frankreich 2, 6, 7, 9 f., 12, 14, 16 f., 18, 30
 N. 23, 45 ff. passim, 59, 62, 94, 97, 142,
 147, 152, 164, 165, 169 N. 32, 174, 184,
 207, 229, 230, 263, 303, 304
 Fristen siehe Verjährung

 Gandolfi 30 N. 16, 33 N. 28, 48, 149, 159,
 165, 185
 Gattungsschuld 77
 Gefahrübergang 168, 182 f., 197, 211
 Gemeinsamer Referenzrahmen (GRR) 2,
 5, 25 ff., 32 ff., 61, 62, 85, 91
 Generalklausel 52
 Geschäftsfähigkeit 95, 97
 Geschäftsgrundlage 19, 54 f., 74 f., 76,
 133 ff. passim, 140 f., 142 ff., 305
 Gesellschaft bürgerlichen Rechts 143
 Globalisierung 20
 Griechenland 89, 103, 159, 164, 165, 179
 N. 67, 179, 188, 297 ff. passim, 304

 Handelsvertreter 245, 263
 Hardship 19
 Hierarchie 98, 125, 126, 173 f., 176 f.,
 183 f., 187, 193 ff., 305
 Höhere Gewalt 96 f., 103

 Illegalität 266 f.
 Immobilien 174 f., 178, 184, 186, 187, 283
 Inlandsfälle 213
 Insolvenz 140 f.
 Insurance Group 33
 Internationales Privatrecht
 siehe Kollisionsrecht
 Internet 23, 42
 Irland 5, 6, 14, 22
 Irrtum 230, 292 – siehe auch erreur
 Irrtum, gemeinsamer 142, 147
 Italien 2, 6, 19 N. 64, 60, 89, 105 ff.
 passim, 149, 208, 229, 230, 303, 304
 Ius variandi 275

 Jhering 219 f.

 Kartellrecht 249, 266 f., 268 f.

 Kauf 5, 37, 62, 119, 154, 195, 203, 206,
 297 ff.
 Klausel-Richtlinie 105, 106, 108, 109, 150,
 158, 160, 161, 248, 254 ff.
 Kollegialgericht 8
 Kollisionsrecht 3, 38, 60, 161, 232, 233 f.,
 256, 282
 Kodifikation, ~sgedanke 119, 130, 134,
 152, 226
 Kompetenz 294
 Kultur 2, 5, 12, 15, 18, 20, 49, 59, 60, 61,
 115, 117, 134,, 136, 141, 153, 202, 295,
 303
 Kündigung aus wichtigem Grund 142

 Lando 2, 3 ff, 30, 60, 228
 Langzeitverträge 142, 144, 145 f.
 Leistungerschwerung 73 ff., 139 ff.
 Lex mercatoria 4, 283
 LGDCU 129, 157 ff., 189
 Litauen 22
 Lobby 244
 Louisiana 29
 Luxemburg 129

 Meijers 118 ff., 303
 „menus“ 276 f.
 Mietvertrag 143
 Minderjährige 95
 Minderung 91 f., 160, 174, 192, 193, 194,
 205
 Misrepresentation 229
 Mistake 13
 Mobiliarsachenrecht 34, 39
 Munzinger 292
 Murmansk 73, 75

 Nachfrist 19, 57, 98, 125, 126, 214, 261
 Nachlieferung 1
 Nacherfüllung 1, 79 ff., 97 ff., 101 ff.,
 125 ff., 191 ff., 305
 Neuverhandlungspflicht 138, 151
 Niederlande 2, 7, 12, 19 N. 64, 48, 89,
 117 ff. passim, 149, 165, 185, 188, 207,
 208, 255, 257, 272, 303, 304, 305
 Niet-nakoming 89
 nordische Länder 5, 6, 9 ff., 12, 17, 21, 300
 Norwegen 5, 7 N. 12, 9 ff.

- Nutzungersatz 1
- Obligation de moyens/ de résultat 70, 89, 90, 95, 97
- Office for Fair Trading (OFT) 248, 257 f., 268, 276, 278
- Österreich 19 N. 63, 127, 159, 164, 165, 179 N. 67, 179, 181, 188, 209
- „ohne Arbeit kein Lohn“ 101
- Optionales Instrument 4, 5, 21 f., 23, 38, 42, 61, 62
- Pacta sunt servanda 86 f., 98, 126, 134, 137, 139
- PECL 2, 3 ff., 18, 19, 21 f., 30 ff., 40, 48, 51, 57, 58, 61, 67, 70, 72, 75, 85, 89, 94 ff., 97, 123 N. 24, 125, 127, 128, 134 ff., 141, 142, 144, 145, 147, 151, 155 f., 164, 165, 167, 168, 171, 172, 173, 176, 177, 178 N. 65, 182, 185, 186, 187, 188, 207 f., 213, 214, 215 N. 16, 217, 219, 230 ff., 233, 283, 299, 305
- Pflichtverletzung 66 ff., 121 ff., 211 f., 305
- Polen 60
- Portalis 48
- Portugal 19 N. 63, 60, 208
- Präzedenzfälle 6, 119, 152
- Produkthaftung 150
- Promissory estoppel 229
- Recht zur zweiten Andienung siehe Hierarchie
- Rechtsbehelfe 18, 120
- Rechtsmißbrauchsverbot 78, 93
- Rechtssicherheit 14 f.
- Regreß 179, 180 f., 186, 207
- Restatement 8, 25 ff. passim, 38, 62, 83, 281
- Richtlinienauslegung 300
- Richtlinienumsetzung 158, 165, 169, 211, 212, 236, 247 ff., 251, 255, 260, 276, 297 ff.
- Ring auf dem Meeresboden 78, 140
- Römer Übereinkommen/ Rom I-VO 22, 38, 282
- Römisches Recht 158
- Rücktritt 18, 56, 74, 81 f., 91, 95, 121, 173, 182, 192 ff., 211, 212, 214, 215, 280
- Rücktrittsrecht 14
- Rüge 188
- Savigny 5, 9 N. 21
- Selbstvornahme 1, 81 f.
- Schadensersatz 18, 67 ff., 85 ff., 91, 121, 122, 124, 149, 151, 163, 195 f., 197, 198, 199, 202, 206, 305
- Schadensminderungspflicht 57, 95, 98
- Schenkung 15
- Schiedsgerichtsbarkeit 22, 134, 145, 251, 282, 295
- Schottland 16, 17, 256
- Schweden 5, 9 ff., 19 N. 63
- Schweiz 11, 149, 181, 279 ff. passim
- Selbstvornahme 183 f., 199 ff., 206
- Skandinavien siehe nordische Länder
- Soft law 21, 22, 59
- Spanien 60, 155 ff. passim, 207, 230, 256, 257, 304, 306
- Sprache 245, 271
- Stakeholder 41
- stare decisis 6, 7, 10
- Streik 95
- strenge Haftung 18
- tekortkoming 89, 121, 122, 151
- Thibaut 21
- Tiere 181, 194, 197 f., 201
- toolbox 36
- Treu und Glauben 7, 12 f., 15, 55 f., 105, 107, 109, 110, 113, 128, 140, 168, 230, 231, 257, 263
- Treuhand 13
- Troika 4, 20, 21
- Tschechien 30 N. 23
- Überschießende Umsetzung 251, 260 f., 273, 300
- Übersetzung 109
- UN-Kaufrecht siehe CISG
- Ungarn 2, 30 N. 23, 209 ff., 275, 303, 304
- Uniform Commercial Code (UCC) 8, 29, 300
- Unmöglichkeit 63 ff. passim, 87, 91, 101, 103 f., 122 f. 139 ff., 185, 187, 197, 198, 199, 200, 202, 206, 213, 261, 275, 305

- Unsicherheitseinrede 140f.
 Unternehmenskauf 1
 UPICC 4, 18, 19, 21 f., 30 N. 16, 32, 33 N. 28, 48, 72, 89, 134 ff., 139, 141, 142, 144, 145, 147, 185, 213, 214, 215 N. 16, 217, 219, 230 ff., 277, 283, 298, 299
 USA 229, 300
 UWG 227, 232, 252 f., 254 ff., 272, 276, 277, 281, 289, 291, 293, 298

 Verbraucherrecht, ~schutz 39, 42, 50, 61, 62, 107, 108, 109, 111 f., 113, 115, 129, 155, 160, 192 ff., 203 f., 205, 212, 279, 281, 285, 293, 294, 304
 Verbrauchsgüterkaufrichtlinie 62, 78, 113, 120, 126, 127, 129, 153 ff. passim, 191 ff. passim, 203, 206, 207 f., 210, 212, 260 ff., 297 ff.
 Vereinigtes Königreich siehe Britannien
 Verfassungsvertrag 60
 Verjährung 50, 57, 112, 120, 127 f., 162, 168, 173 f., 187, 215, 221, 223, 224, 227, 228, 304
 Vermutung des Mangels 168, 179, 182, 186, 198
 Verschulden, ~sprinzip 18, 72, 76, 93, 96, 101, 103, 121 f., 206, 211, 213, 215, 216, 275
 Versicherung 183
 Vertrag zugunsten Dritter 8, 21
 Verzug 93, 122, 123, 151 f.
 Vorfälligkeitsentschädigung 143
 Vorrang der Nacherfüllung
 siehe Hierarchie
 Werkvertrag 184
 Wettbewerbsrecht siehe Kartellrecht bzw. UWG
 Widerrufsrechte 95
 Zürcher PGB 292
 Zweckverfehlung 200 N. 40